

BIRGIT KOCH

Rechtsschutz durch Gegendarstellung in Frankreich und Deutschland

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht

13

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht
Band 13

herausgegeben von
Rolf Stürner und Gerhard Walter

Rechtsschutz durch Gegendarstellung in Frankreich und Deutschland

von

Birgit Koch



J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Koch, Birgit:

Rechtsschutz durch Gegendarstellung in Frankreich und Deutschland /
von Birgit Koch. – Tübingen: Mohr, 1995

(Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht; 13)

ISBN 3-16-146451-6 / eISBN 978-3-16-162898-6 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

NE: GT

© 1995 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Das Werk einschließlich aller seine Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetz ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde aus der Bembo Antiqua gesetzt und gedruckt von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Papier der Papierfabrik Weissenstein in Pforzheim. Den Einband besorgte die Großbuchbinderei H. Koch in Tübingen.

ISSN 0722-7574

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Mai 1994 von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau als Dissertation angenommen. Das Manuskript ist im Februar 1994 abgeschlossen worden.

Herrn Prof. Dr. Rolf Stürner möchte ich meinen besonderen Dank für die Betreuung der Arbeit aussprechen. Sein engagiertes Interesse am Entstehen der Arbeit, seine Unterstützung bei der Vermittlung von Kontakten zu den Medien und seine Anregungen haben wesentlich zum Gelingen der Arbeit beigetragen. Herrn Prof. Dr. Rainer Frank danke ich für die Übernahme und zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Meinen Eltern danke ich insbesondere dafür, daß sie die Veröffentlichung der Arbeit ermöglicht haben, Frau Dagmar Stähler und meinem Vater zudem für die Korrektur der Arbeit während ihrer gesamten Entstehungszeit.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII

A. Einführung

I. Thema

1. Sinn und Zweck des Gegendarstellungsanspruchs	1
2. Zweck der Darstellung des französischen Gegendarstellungs- anspruchs	2

II. Vorgehensweise

III. Begriffserläuterung

B. Darstellung des Gegendarstellungsanspruchs im Bereich der Presse

I. Herkunft und geschichtliche Entwicklung des Gegendarstellungsanspruchs bis zur heutigen Regelung

1. Herkunft und erste Gesetzesentwürfe	5
2. Die Gesetze von 1822 und 1835	6
3. Das Gesetz von 1881	6
4. Heute geltendes Recht	6
5. Deutsches Recht	7

II. Rechtsnatur und Charakter des Gegendarstellungsanspruchs

1. „Droit général et absolu“	8
2. „Légitime défense“	9
3. „Droit discrétionnaire“	10

III. Das Verhältnis zu anderen Rechtsinstituten

1. Der Berichtigungsanspruch	11
a. Schutzzweck	11
b. Voraussetzungen und Inhalt	11
aa. Amtshandlung eines Beamten	11
bb. Erfordernis eines falschen Berichts	12
2. Art. 9–1 Code civil	12
3. Verleumdung und Beleidigung mit Mitteln der Medien	13
a. Tatbestandsvoraussetzungen	13
b. Rechtsfolge	14
c. Unterschiede zum Gegendarstellungsanspruch	15
4. „Montage“	15
5. Der Anspruch nach Art. 9 Code civil	16
6. Der Schadensersatzanspruch nach Art. 1382, 1383 Code civil ..	17
a. Voraussetzungen	17
aa. Ehrverletzung	17
bb. Eingriff in das Privatleben	18
cc. Recht am eigenen Bild	18
dd. Unwahre Äußerungen	18
b. Rechtsfolge	19

IV. Anspruchsvoraussetzungen

1. Benennung einer Person	20
a. Sachliche Voraussetzungen der Benennung	20
aa. Voraussetzungen für eine ausreichende Bezeichnung	20
bb. Gleichlautende Namen	21
cc. Nennung einer Gruppe	21
b. Anspruchsinhaber	22
aa. Natürliche Personen	22
bb. Besonderheiten für die Erben	22
cc. Juristische Personen	23
dd. Besonderheiten für bestimmte Vereinigungen	23
c. Betroffenheit ?	24
d. Deutsches Recht	25
2. Anforderungen an das Medium Presse	25
a. Beschaffenheit des Mediums	25
aa. Periodisches Erscheinen	26
bb. Verbreitung in der Öffentlichkeit	26
cc. Besonderheiten	27

b. Materieller Bereich, in dem ein Gegendarstellungsanspruch entstehen kann	28
aa. Grundsatz	28
bb. Ausnahmen	28
aaa. Berichte über Sitzungen der gesetzgebenden Körperschaften 28	
bbb. Abdruck amtlicher Dokumente und Wiedergabe öffentlicher Handlungen 29	
ccc. Berichte über Gerichtsverhandlungen und -entscheidungen 29	
ddd. Kritische Artikel über künstlerische, literarische und wissenschaftliche Leistungen 30	
eee. Anzeigen 31	
fff. Politische und religiöse Texte 32	
ggg. Zeichnungen, Fotos und Illustrationen 32	
cc. Fazit	32
c. Deutsches Recht	32
3. Beschränkung auf Tatsachen oder ehrbeeinträchtigende Behauptungen ?	33
4. Anspruchsverpflichteter	33

V. Anforderungen an die Ausübung des Gegendarstellungsanspruchs

1. Inhaltliche Anforderungen an die Gegendarstellung	34
a. Freie Bestimmung des Inhalts	34
b. Inhaltliche Grenzen	35
aa. Verstoß gegen das Gesetz und die guten Sitten	36
aaa. Verstoß gegen das Gesetz 36	
bbb. Gute Sitten 36	
bb. Verstoß gegen das rechtliche Interesse eines Dritten	37
aaa. Begriff des Dritten 37	
bbb. Rechtliches Interesse 38	
ccc. Zulässige Benennung eines Dritten 38	
cc. Verstoß gegen die Ehre und das Ansehen des Journalisten	40
aaa. Journalist 40	
bbb. Ehre und Ansehen 40	
ccc. Verletzung 41	
dd. Zusammenhang zwischen Erst- und Zweitartikel	42
c. Hinweis auf das deutsche Recht	43
2. Berechtigtes Interesse und Mißbrauch	45
a. Berechtigtes Interesse	45
aa. Besonderes Interesse	45
bb. Rechtliches Interesse	45
b. Mißbrauch	45
aa. Rechtsfigur des Mißbrauchs	45
bb. Überprüfung auf Mißbrauch	46
cc. Fälle des Mißbrauchs	47
c. Ergebnis	49
d. Deutsches Recht	49
3. Formale Anforderungen	50
a. Form und Zuleitung der Gegenäußerung	50
b. Frist	51
aa. Grundsatz	51
bb. Ausnahme	51
cc. Deutsches Recht	52
c. Länge	52
4. Verzicht	53

VI. Umfang der Verpflichtung zum Abdruck der Gegenäußerung

1. Ort und Art des Abdrucks	54
2. Unversehrtheit und Unteilbarkeit der Antwort	54
3. Frist	55
4. Kosten des Abdrucks	55
5. „Redaktionsschwanz“	55
6. Deutsches Recht	55

VII. Rechtsfolgen bei Verweigerung des Abdruckverlangens

1. Ordnungsgemäßes Abdruckverlangen	56
2. Nicht ordnungsgemäßes Abdruckverlangen	57
3. Erneutes Abdruckverlangen	57
4. Deutsches Recht	58

VIII. Gerichtlicher Schutz

1. Klagearten	58
2. Klage vor dem Strafgericht	59
a. Zuständiges Gericht	59
b. Angeklagter	60
c. Verfahren	60
aa. Einleitung	60
bb. Klagefrist	61
cc. Ladung	61
dd. Änderung der Gegendarstellung	61
ee. Entscheidungsfristen	61
ff. Tenor	62
gg. Vollstreckung der Entscheidung	62
hh. Berufung und Revision	62
3. Klage vor dem Zivilgericht	63
a. Zuständiges Gericht	63
b. Beklagter	63
c. Verfahren	63
d. Eilverfahren	64
4. Deutsches Recht	65

C. Darstellung des Gegendarstellungsanspruchs im Bereich des Rundfunks und der rundfunkähnlichen Medien

I. Geschichtliche Entwicklung

1. Die Zeit vor 1972	67
2. Das Gesetz von 1972	67

3. Das Gesetz von 1982	68
4. Heutige Regelung	69
5. Deutsches Recht	70

II. Rechtsnatur und Charakter des Gegendarstellungsanspruchs

III. Das Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen

1. Berichtigungsanspruch ?	71
2. Erwidierungsrecht gegenüber Erklärungen und Mitteilungen der Regierung im Fernsehen und Radio	71
3. Art. 9–1 Code civil	72
4. Verleumdung und Beleidigung	72
5. Ansprüche nach Art. 9 und 1382, 1383 Code civil	72

IV. Anspruchsvoraussetzungen

1. Benennung einer Person	73
2. Bereich, in dem der Gegendarstellungsanspruch entstehen kann	74
a. Medien, die zur Gegendarstellung verpflichtet sind	74
aa. Der Bereich der audiovisuellen Kommunikation	74
bb. Ton- und Videoprogramme, die in regelmäßigen Abständen erscheinen	75
cc. Kommunikationsdienste, die unter den Anwendungsbereich des Art. 43 des Gesetzes von 1986 fallen	75
dd. Deutsches Recht	76
b. Materieller Bereich, in dem ein Gegendarstellungsanspruch entstehen kann	76
3. Zusätzliche Voraussetzungen	77
a. Ehr- oder ansehensbeeinträchtigende Behauptung	77
aa. Der Begriff der „honneur“ und der „réputation“	77
bb. Verletzung ?	78
cc. Vergleich mit der „diffamation“ und der „injure“	79
b. Keine anderweitige Verteidigungsmöglichkeit	79
c. Fazit	80
4. Deutsches Recht	80

V. Anspruchsverpflichteter

VI. Anforderungen an die Ausübung des Gegendarstellungsanspruchs

1. Inhaltliche Anforderungen	81
a. Mindestanforderungen an den Antrag	81
b. Inhaltliche Anforderungen an die Gegendarstellung	82
c. Deutsches Recht	82

2. Formale Anforderungen	83
a. Zuleitung der Gegenäußerung	83
b. Frist	83
c. Umfang	83
d. Deutsches Recht	84

VII. Umfang der Verpflichtung

1. Antwort des „ <i>directeur de la publication</i> “	84
2. Das Verfahren der Ausstrahlung	85
a. Art und Weise	85
b. Form	85
aa. Antwort als Text lesbar auf dem Bildschirm ?	86
bb. Eigenes Verlesen ?	86
cc. Standbilder oder bewegte Bilder ?	86
3. Frist und Kosten	87
4. Redaktionsschwanz	87
5. Besonderheiten für die „ <i>services de vidéographie</i> “	87
6. Deutsches Recht	87

VIII. Rechtsfolgen bei Verweigerung der Ausstrahlung

IX. Gerichtlicher Schutz

1. Eilverfahren	89
2. Zuständiges Gericht	89
3. Antragsgegner	90
4. Antragsfrist	90
5. Antragsvoraussetzungen	90
6. Änderung des Inhalts der Gegendarstellung durch das Gericht?	91
7. Entscheidung	91
8. Berufung und Revision	92
9. Beweiserleichterungen	92
10. Deutsches Recht	93

D. Diskussion über die rechtliche Ausgestaltung des französischen Gegendarstellungsanspruchs im Presse- und Rundfunkbereich

I. Anspruchsvoraussetzungen

1. Erscheint es sinnvoll, den Gegendarstellungsanspruch im Print- bereich nur gegenüber Tatsachenbehauptungen zuzulassen und die Entgegnung inhaltlich auf Tatsachenbehauptungen zu beschränken ?	94
--	----

a. Beschränkungen auf Tatsachenbehauptungen aus Aspekten des Schutzzwecks ?	94
aa. Das zu schützende Rechtsgut	94
aaa. Französisches Recht 94 bbb. Deutsches Recht 96	
bb. Verletzung des zu schützenden Rechtsguts auch durch Meinungsäußerungen ?	97
cc. Notwendigkeit einer Entgegnung, die auch Meinungsäußerungen enthält ?	100
b. Inhaltlich unzumutbare Entgegnungen ?	101
aa. Spezifisches Problem bei Meinungsäußerungen ?	102
aaa. Unzumutbarkeit bereits bei Tatsachenäußerungen ? 102	
bbb. Unzumutbarkeit bei Meinungsäußerungen ? 103	
bb. Verhältnismäßigkeit	104
c. Überhäufung mit Gegendarstellungen ?	105
aa. Rechtswirklichkeit	106
bb. Begründung	107
d. Unzulässiger Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit ?	108
aa. Negative Äußerungsfreiheit	109
bb. Kapitaleinsatz	110
e. Vorteile der Lösung	112
f. Ergebnis	113
 2. Ist im Rundfunkbereich das zusätzliche Erfordernis, nämlich ein Angriff, der geeignet ist, die Ehre oder den Ruf zu verletzen, gerechtfertigt ?	 113
a. Aspekte des Schutzzwecks	113
aa. Verletzung des Rechts auf Identität nur durch Ehrverletzung ?	114
bb. Formale Ausgestaltung	114
b. Abgrenzungsschwierigkeiten	116
c. Besonderheiten der audiovisuellen Medien ?	117
aa. Überhäufung mit Gegendarstellungen ?	117
bb. Technische Schwierigkeiten ?	118
aaa. Persönliche Note 118 bbb. Beweisführung 118 ccc. Feststehendes Programm 119	
cc. Unterschiedliche Wirkung der Entgegnungen ?	119
dd. Fazit	120
 3. Ausschluß des Anspruchs auf Gegendarstellung in bestimmten Bereichen ?	 120
a. Wahrheitsgetreue Berichte über öffentliche Sitzungen des Senats, der Assemblée Nationale, der Departementsversammlungen und der Gemeinden ?	120
b. Wahrheitsgetreue Berichte über Gerichtsverhandlungen und -entscheidungen	122
c. Kritische Artikel über künstlerische, literarische und wissenschaftliche Leistungen	122
aa. Befürworter eines Ausschlusses	122
bb. Abgrenzungsfragen	123
cc. Rechtswirklichkeit	124
d. Anzeigen	124

4. Ist es sinnvoll, den Erben die Stellung eines Anspruchsinhabers zuzubilligen und bejahendenfalls unter welchen Voraussetzungen ? 125
5. Ist es sinnvoll, den „directeur de la publication“ als Anspruchsverpflichteten zu bestimmen ? 126

II. Anforderungen an die Ausübung des Gegendarstellungsanspruchs

1. Bestehen die inhaltlichen Anforderungen, die die Rechtsprechung an die Ausübung des Gegendarstellungsanspruchs stellt, zu Recht ? 127
 - a. „*Contraire ni aux lois ni aux bonnes moeurs*“ 127
 - aa. Strafbare Inhalt 127
 - bb. Gute Sitten 127
 - b. „*Intérêts légitimes des tiers*“ 128
 - aa. Strafbare Verletzung der Rechte Dritter 128
 - bb. Zivilrechtliche Ansprüche 128
 - cc. Weitere Fälle ? 128
 - c. „*L'honneur du journaliste*“ 129
 - d. „*Rapport certain avec l'article initial*“ 129
2. Ist einer mißbräuchlichen Ausübung des Gegendarstellungsanspruchs ausreichend vorgebeugt ? 130
 - a. Besonderes Interesse ? 131
 - b. Berechtigtes Interesse ? 131
 - c. Fallgruppen ? 132
 - aa. Bestehen einer anderweitigen Verteidigungsmöglichkeit ? 132
 - bb. Bei belanglosen und überflüssigen Gegendarstellungen ? 133
 - cc. Bei unwahren Tatsachenbehauptungen ? 134
 - dd. Bei Selbstdarstellungen ? 135
 - ee. Bei einer Mehrzahl von Betroffenen ? 136
 - ff. Bei einer mehrfachen Entgegnung ? 136
3. Ist der Umfang der Gegendarstellung sinnvoll begrenzt? 136
 - a. Ist eine starre Grenze zur Bestimmung des zulässigen Umfangs der Entgegnung sinnvoll ? 137
 - b. Ist die Festsetzung der konkreten Grenzen angemessen ? 138
4. Sind die Fristen für das Begehren nach Gegendarstellung sinnvoll gewählt ? 138
 - a. Printmedien 139
 - b. Rundfunk 139

III. Umfang der Verpflichtung zum Abdruck

1. Sind die Regelungen über Art und Form der Veröffentlichung sinnvoll und ausreichend ? 140
 - a. Printbereich 140
 - b. Rundfunk 141

aa. Ort und Zeitpunkt der Ausstrahlung	141
bb. Form der Ausstrahlung	190
aaa. Eigenes Verlesen? 143 bbb. Lesbarkeit auf dem Bild-	
schirm? 143 ccc. Bildeinschaltungen? 143	
2. Sind die Fristen zur Veröffentlichung der Gegendarstellung an-	
gemessen?	144
a. Privatbereich	144
b. Rundfunkbereich	145
3. Sollte ein „Redaktionsschwanz“ zulässig sein?	145
4. Ist eine Mitwirkungspflicht des Verpflichteten erstrebenswert? .	147

IV. Rechtsfolgen und gerichtlicher Schutz

1. Ist eine strafrechtliche Sanktion bei unberechtigter Weigerung	
des Abdrucks der Gegendarstellung, wie sie im Printbereich	
vorgesehen ist, sinnvoll?	149
2. Ist das gerichtliche Verfahren zur Durchsetzung des Gegendar-	
stellungsanspruchs geeignet?	150
a. Verkürzte Entscheidungsfristen	150
b. Einstweilige Verfügung	151
c. Antwort des „directeur de la publication“	152
3. Wäre eine präventive Einschaltung des Gerichts, das über die	
Zulässigkeit der Gegendarstellung zu entscheiden hätte, sinn-	
voll?	152
4. Wäre es sinnvoll, dem Gericht und dem Betroffenen die	
Befugnis zuzugestehen, den Inhalt der Gegenäußerung wäh-	
rend des Verfahrens zu ändern?	153
a. Änderung durch das Gericht	153
b. Änderung durch den Betroffenen	154

F. Ergebnis

Anhang	157
Literaturverzeichnis	160
Register	164

Abkürzungsverzeichnis

A.A.	Andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
ArchP	Archiv für Presserecht
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Bad-Württ MedienG	Landesmediengesetz Baden-Württemberg vom 17. 3. 1992
Bad-WürttPrG	Gesetz über die Presse in Baden-Württemberg vom 14. 1. 1964
BayPrG	Gesetz über die Presse in Bayern vom 3. 10. 1949
BayMG	Gesetz über die Entwicklung, Förderung und Veranstaltung privater Rundfunkangebote und anderer Mediendienste in Bayern vom 24. 11. 1992
BerlPrG	Berliner Pressegesetz vom 15. 6. 1965
BerlKabelG	Kabelpilotprojekt- und Versuchsgesetz für drahtlosen Rundfunk im Land Berlin vom 17. 7. 1984
BGH	Bundesgerichtshof
Btx	Bildschirmtexte
bull. crim.	Bulletin de la chambre criminelle de la Cour de Cassation
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
c.a.	Cour d'appel
cass. civ.	Cour de cassation, chambre civile
cass. crim.	Cour de cassation, chambre criminelle
Ch.	Chambre
D.	Recueil Dalloz (eingestellt)
D.C.	décision
D.H.	Dalloz Hébdomadaire de Jurisprudence (eingestellt)
Diss.	Dissertation
D.P.	Dalloz Périodique (eingestellt)
D.S.	Recueil Dalloz-Sirey de doctrine, de jurisprudence et de législation
FS.	Festschrift
Gaz. Pal.	Gazette du palais
GBI.	Gesetzblatt
HambMedienG	Hamburgisches Mediengesetz vom 3. 12. 1985
HambPrG	Hamburgisches Pressegesetz vom 29. 1. 1965
HessPrG	Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse vom 2. 10. 1948
HPRG	Hessisches Privatrundfunkgesetz vom 30. 11. 1988

XVIII

Abkürzungsverzeichnis

J.C.P	Juris-Classeur periodique, heute: Semaine Juridique
J.O.	Journal Officiel de la République française
J.O. C.R. ass. nat.	Journal Officiel, compte rendu, Assemblée nationale
J.O. C.R. sen.	Journal Officiel, compte rendu, Sénat
JZ	Juristen Zeitung
KG	Kammergericht
LG	Landgericht
Lit.	Literatur
MecklenRfG	Rundfunkgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern vom 9.7. 1991
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NdsPrG	Niedersächsisches Pressegesetz vom 22. 3. 1965
NdsRfG	Niedersächsisches Landesrundfunkgesetz vom 22.3. 1987
NJW	Neue Juristische Wochenzeitschrift
NRWPrG	Pressegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 11. 1. 1988
NRWRfG	Rundfunkgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 31. 3. 1993
OLG	Oberlandesgericht
RBG	Gesetz über die Errichtung und die Aufgabe einer Anstalt des öffentlichen Rechts – Radio Bremen vom 1.7. 1993
réf.	référé
rev. int.dr. comp.	Revue internationale de droit comparé
rev. sc. crim.	Revue de criminelle et de droit pénal comparé
rev. trim. dr. civ.	Revue trimestrielle de droit civil
Rhl-PfPrG	Landesgesetz über die Presse Rheinland-Pfalz vom 14. 6. 1965
RNr.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
SaarlRfG	Rundfunkgesetz für das Saarland vom 28.11. 1984
SächsPrG	Sächsisches Gesetz über die Presse vom 3.4. 1992
SächsPRG	Gesetz über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen vom 17. 6. 1991
Schl-HPPrG	Gesetz über die Presse Schleswig-Holstein vom 19. 6. 1964
StaatsV	Staatsvertrag
StGB	Strafgesetzbuch
SWF	Südwestfunk
ThürPrG	Thüringer Pressegesetz vom 31.7. 1991
ThürPRG	Thüringer Privatrundfunkgesetz vom 31. 7. 1991
trib. civ.	Tribunal civil
trib. corr.	Tribunal correctionnel
trib. gr. inst.	Tribunal de grande instance
trib. pol.	tribunal de police
vgl.	vergleiche
WDR	Westdeutscher Rundfunk
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZSR	Zeitschrift für schweizerisches Recht
ZUM	Zeitschrift für Urheber und Medienrecht

A. Einführung

I. Thema

1. Sinn und Zweck des Gegendarstellungsanspruchs

Der Anspruch auf Gegendarstellung ist ein spezifisch medienrechtlicher Anspruch, der dem Schutz des Einzelnen bei öffentlicher Erörterung seiner Persönlichkeit in Presse, Funk, Fernsehen und in anderen Medien dient.¹ Der Einzelne soll nicht hilflos den immer mächtiger werdenden Medien ausgeliefert sein, die in ihren Berichten einen großen Einfluß auf das Urteil ihrer Leser, Zuhörer oder Zuschauer ausüben.² Aus Gründen der Waffengleichheit wird dem Betroffenen das Recht eingeräumt, die Veröffentlichung seiner Gegendarstellung von dem jeweiligen Träger des Mediums zu verlangen und damit das Recht, seine Argumente und Erklärungen öffentlich kundzutun.³ Gemäß dem Grundsatz „*audiat et altera pars*“ soll auch der Einzelne Gehör erhalten.⁴

Gleichzeitig liegt der Gegendarstellungsanspruch auch im Interesse der Öffentlichkeit, da diese nur dann vollständig unterrichtet ist, wenn sie auch die andere Seite hören kann. Einer einseitigen Unterrichtung der Leser- bzw. Zuhörerschaft wird so entgegengewirkt.⁵

Andererseits darf die Meinungs-, Presse- und Rundfunkfreiheit nicht

¹ Biolley, S. 9; Auby/Ducos-Ader, S. 497; Kayser, rev. trim. dr. civ. 1971, S. 445, 470; Kreuzer, F.S. Geiger, 1974, S. 61, 94; Wenzel, S. 415; Löffler/Sedelmeier, § 11, R.Nr. 13; Löffler/Ricker, S. 127; Seitz/Schmidt/Schöner, S. 4; Wasserburg, S. 374; Gamm, S. 59; Hotz, S. 19ff; Groß, S. 156.

² Biolley, S. 9; Mestre, J.C.P. 1974, I, 2623, Nr. 41; Kreuzer, F.S. Geiger, 1974, S. 61, 93; Hubmann, S. 373; Löffler/Ricker, S. 127; Bamberger, S. 163; Bucher, S. 172.

³ Auby/Ducos-Ader, S. 497; Blin/Chavanne/Drago/Boinet, S. 3/60; Derieux I, S. 418; Kayser, S. 85; Mathy, S. 75; Wasserburg, S. 375; Jaccottet, ZSR 1967, S. 228a, 229 a, 232 a; Lindbacher, S. 366.

⁴ Kayser, S. 85; Kreuzer, F.S. Geiger, 1974, S. 61, 63; Helle, S. 188; Jaccottet, ZSR 1967, S. 228 a, 232 a; Hotz, S. 28.

⁵ Helle, S. 188; Mathy, S. 78; Löffler, § 11 R.Nr. 18; Wasserburg, S. 375; Hotz, S. 28; Groß, S. 163; Bamberger, S. 163.

zu stark eingeschränkt werden. Es muß ein gerechter Ausgleich zwischen dem Interesse des Einzelnen und der Kommunikationsfreiheit geschaffen werden. Mit Hilfe des Gegendarstellungsanspruchs kann Waffengleichheit hergestellt werden, ohne dabei den Meinungskampf inhaltlich einzuschränken.⁶

Eine Wirkung kann der Gegendarstellungsanspruch aber nur entfalten, wenn die Gegendarstellung gegenüber dem gleichen Empfängerkreis und zeitlich unmittelbar auf den in Bezug genommenen Artikel folgt; nur dann kann sich der Leser, Zuschauer oder Zuhörer gegebenenfalls noch an die Mitteilung über den Betroffenen erinnern.⁷ Der Gesetzgeber ist daher aufgefordert, ein einfach gestaltetes und schnell handhabbares Rechtsinstitut zu schaffen, dessen Durchsetzung durch Einwände der Presse möglichst wenig gehindert wird, ohne aber dabei von dem Medium Unzumutbares zu verlangen.

2. Zweck der Darstellung des französischen Gegendarstellungsanspruchs

Über eine möglichst sinnvolle Ausgestaltung des Gegendarstellungsanspruchs ist in Deutschland schon immer gestritten worden. Gerade in jüngster Zeit mehren sich die Rufe nach einer Erweiterung des Gegendarstellungsrechts zum besseren Schutz des Einzelnen.⁸ Hervorzuheben ist das Bestreben, den Anspruch, der bisher nur gegenüber Tatsachen besteht, auch gegenüber Meinungen zuzulassen.⁹ Ebenso soll die Antwort selbst nicht, wie bislang üblich, auf Tatsachen beschränkt sein. Auch hinsichtlich der Ausgestaltung des Anspruchs und seiner Durchsetzung im gerichtlichen Verfahren werden Änderungsvorschläge vorgebracht.¹⁰

Es erscheint daher sinnvoll, die Ausgestaltung des Gegendarstellungsanspruchs in anderen Rechtsordnungen kennenzulernen.

Hierfür bietet sich besonders der französische Gegendarstellungsan-

⁶ *Blin/Chavanne/Drago/Boinet*, S. 3/60; *Cousin/Delcros*, S. 227; *Toulemon*, J.C.P. 1967, I, 2082; *Kayser*, S. 85; *Maze*, S. 7; *Bucher*, S. 172.

⁷ *Mathy*, AfP 1971, 158, 159; *Lindacher*, S. 367.

⁸ Verhandlungen des 58. Deutschen Juristentags in München, 1990; *Stürmer*, Gutachten A 91ff; CDU Politiker *Eylmann*, Süddeutsche Zeitung, 12. Mai 1993; Badische Zeitung, 12. Mai 1993; CSU Politiker *Geis*, Badische Zeitung, 1. März 1994; Gesetzesentwurf des Saarlandes vom 12. 1. 1994, Drucksache Landtag des Saarlandes 10/1764; Beschluß des 5. CDU Parteitags vom 23. 2. 1994 in Hamburg, CDU Dokumentation 7/1994, S. 29; Gesetzesentwurf der thüringischen Landesregierung von April 1994.

⁹ *Stürmer*, Gutachten A 91; *Kreuzer*, FS. Geiger, 1974, S. 61, 98ff; *Kübler*, Haftung der Massenmedien, S. 135; *Stoll*, Haftung der Massenmedien, S. 150; *Haase-Becher*, S. 180ff; *Lindacher*, S. 369.

¹⁰ Vgl. hierzu insbesondere die Gesetzesformulierung von *Stürmer*, Gutachten A 96; Beschlüsse des 58. Deutschen Juristentags, K 209; Gesetzesentwürfe des Saarlandes.¹⁰

spruch, „*le droit de réponse*“, an. Er ist historisches Vorbild des deutschen Gegendarstellungsanspruchs und wurzelt in der Französischen Revolution.¹¹ Der Anspruch findet bezüglich der Printmedien seine rechtliche Grundlage im Gesetz von 1881 über die Freiheit der Presse („*sur la liberté de la presse*“)¹², das in seiner ursprünglichen Fassung hinsichtlich der Grundzüge des Rechtsinstituts bis heute fortbesteht. Der wesentliche Unterschied zum deutschen Recht besteht darin, daß allein die Benennung einer Person in einem periodischen Druckwerk ausreicht, um den Anspruch zu begründen. Im Gegensatz zum deutschen Recht werden Stellungnahmen nicht nur zu Tatsachen, sondern auch zu Wertungen zugelassen. Es ist daher von besonderem Interesse, wie die französische Praxis ohne diese Beschränkungen zurecht kommt. Aber auch hinsichtlich des zulässigen Inhalts, der Ausgestaltung des Anspruchs und seiner Durchsetzung bestehen unterschiedliche Regelungen.

Für den Bereich des Rundfunks und der rundfunkähnlichen Medien hat der Gesetzgeber durch das Gesetz vom 3. Juli 1972 („*portant statut de la Radiodiffusion-Télévision Française*“)¹³ den Gegendarstellungsanspruch erstmals eröffnet, wobei er jedoch nur einen Anspruch bei Behauptungen zugelassen hat, die die Ehre, den Ruf oder das Interesse einer natürlichen Person verletzen. Heute ist der Gegendarstellungsanspruch für den Rundfunkbereich im Gesetz vom 29. Juli 1982 über die „*communication audiovisuelle*“¹⁴ geregelt, das den Anspruch jeder natürlichen oder juristischen Person gewährt, die durch eine Äußerung betroffen ist, die geeignet ist, die Ehre oder das Ansehen zu verletzen. Von Interesse ist daher auch, ob sich diese Beschränkungen als sinnvoll erweisen und daher eine Übertragung auf das deutsche Recht *de lege ferenda* wünschenswert ist.

II. Vorgehensweise

Nach einem Blick auf die geschichtliche Entwicklung wird der Gegendarstellungsanspruch im französischen Recht, so wie er heute gesetzlich geregelt ist und von der Rechtsprechung interpretiert wird, dargestellt, ohne zunächst näher auf Kritik der französischen Lehre einzugehen. Da-

12. 1. 1994 und des Landes Thüringen von April 1994; Beschlüsse des 5. CDU Parteitags vom 23.2. 1994 in Hamburg; ferner: *Kreuzer*, FS. Geiger, 1974, S. 61, 108ff; *Romatka*, ZUM 1985, S. 400, 405ff; *Lindacher*, S. 367ff; *Haase-Becher*, S. 197ff.

¹¹ *Kreuzer*, FS. Geiger, 1974, S. 61, 65.

¹² In seiner ursprünglichen Fassung: D.S. 1882, V.S. 1.

¹³ J.O. 4. 7. 1972, S. 6851.

¹⁴ J.O. 30. 7. 1982, S. 2431.

bei soll auch jeweils knapp auf die entsprechende deutsche Regelung hingewiesen werden. Wegen größerer Unterschiede werden der Printbereich und der Bereich des Rundfunks und Fernsehens einschließlich der rundfunkähnlichen Medien getrennt behandelt.

Anschließend wird diskutiert, inwieweit die rechtliche Ausgestaltung des französischen Gegendarstellungsanspruchs sowohl im Presse- als auch im audiovisuellen Bereich sinnvoll und zweckmäßig ist und welche Neuerungen erstrebenswert sind. Dabei ergeben sich Anhaltspunkte für eine Kritik nicht nur aus dem Vergleich mit anderen Rechtsordnungen, insbesondere der deutschen, sondern auch aus den Erfahrungen der französischen Praxis. Dabei soll auch auf die Kritik und Lösungsvorschläge der französischen Lehre eingegangen werden.

III. Begriffserläuterung

Im Folgenden werden die Begriffe „Antwortrecht“, „Gegendarstellungsrecht“ und „Entgegnungsrecht“ synonym gebraucht und zwar sowohl für den Anspruch, der nur gegenüber Tatsachen oder ehrbeeinträchtigenden Äußerungen gilt, als auch für den, der auch Meinungsäußerungen umfaßt.

B. Darstellung des Gegendarstellungsanspruchs im Bereich der Presse

I. Herkunft und geschichtliche Entwicklung des Gegendarstellungs- anspruchs bis zur heutigen Regelung

1. Herkunft und erste Gesetzesentwürfe

Der Gegendarstellungsanspruch ist eine Folgeerscheinung der in der französischen Revolution durchgesetzten Pressefreiheit.¹⁵ Als die präventive Zensur noch zulässig war, war ein repressiver Berichtigungszwang überflüssig; Artikel, die das Persönlichkeitsrecht verletzten, wurden erst gar nicht für den Druck freigegeben.

Als mit der Einführung der Pressefreiheit diese Schutzmöglichkeit entfiel, die Auflagenstärke der Zeitungen rapide anstieg und auch eine Verleumdungs- oder Beleidigungsklage dem Betroffenen wegen des schwerfälligen und langwierigen Prozesses praktisch keinen Schutz bot, machte der Abgeordnete Dulaure im Jahre 1799 vor dem Rat der Fünfhundert den Vorschlag, Eigentümer und Redakteure von periodischen Druckschriften zu verpflichten, die Entgegnung einer Person, die durch einen Artikel der Zeitschrift in ihrer Ehre verletzt war, innerhalb von fünf Tagen unentgeltlich abzudrucken.¹⁶ Bei Zuwiderhandlung konnte die Zeitung beschlagnahmt und gezwungen werden, 300.000 Exemplare der Zeitung mit der Antwort zu veröffentlichen.¹⁷ Der Antrag wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, die angedrohte Strafe sei zu hart und eine Ehrverletzung könne nur durch ein Gericht festgestellt werden.¹⁸ Die Idee war aber zu gerecht, die Notwendigkeit einer solchen Regelung so zwingend, daß sie der Verwirklichung harrrte.

¹⁵ Art. 11 Déclaration des Droits de l'homme vom 26. August 1789.

¹⁶ Kreuzer, F.S. Geiger, 1974, S. 61,62; *Blin/Chavanne/Drago/Boinet*, S. 2/60; *Wenzel*, S. 414; *Doré*, S. 2; *Gallas*, S. 1; *Chavanne*, Jurisclasseur, Art. 283 bis 294, Fascicule 6, Nr. 39.

¹⁷ *Doré*, S. 3.

¹⁸ *Biolley*, S. 11; *Maze*, S. 11.

2. Die Gesetze von 1822 und 1835

Erst am 25. März 1822 wurde auf Vorschlag des Abgeordneten Mestadier das Gesetz zur Unterdrückung der Pressedelikte verabschiedet („*sur la répression des délits de la presse*“)¹⁹. Es sah in Art. 11 vor, daß jeder Eigentümer oder Herausgeber eines periodischen Druckwerks verpflichtet ist, innerhalb von drei Tagen nach Erhalt des Antwortverlangens oder in der nächstfolgenden Ausgabe, falls sie nicht innerhalb der drei Tage erscheint, die Gegendarstellung jeder Person, die in dem Druckwerk benannt ist, zu veröffentlichen. Der Abdruck erfolgte kostenlos und durfte das Doppelte der Länge des in Bezug genommenen diskriminierenden Artikels nicht überschreiten. Bei einer Zuwiderhandlung konnte eine Strafe von 50 bis 500 Francs verhängt werden. Der Anspruch bestand unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche.

Entgegen dem Vorschlag von Dulaure war der Anspruch nicht nur gegenüber ehrbeeinträchtigenden Behauptungen möglich.

1835 wurde Art. 11 dahingehend modifiziert, daß die Antwort beliebig lang sein durfte, der Betroffene aber die Antwort bezahlen mußte, sofern sie das Doppelte der Länge des Erstartikels überstieg.²⁰

3. Das Gesetz von 1881

Mit dem Gesetz vom 28. Juni 1881 über die Pressefreiheit²¹ wurden in Art. 13 die Grundzüge des Gegendarstellungsanspruchs der Gesetze von 1822 und 1835 im wesentlichen übernommen und ergänzt.²² Verpflichteter war nunmehr der „*gérant*“ (Geschäftsführer) des periodischen Druckwerks. Die Strafandrohung bei Zuwiderhandlung betrug 50 bis 500 Francs. Es wurde normiert, daß der Abdruck an derselben Stelle und in derselben Art und Weise wie der des Erstartikels zu erfolgen hat.

4. Heute geltendes Recht

Noch heute ist Art. 13 des Gesetzes von 1881 in Kraft. Abgesehen von einigen Modifizierungen im Laufe der Zeit hat er seine ursprüngliche Fassung behalten. Die wichtigste Modifizierung war, daß der Gesetzgeber durch Gesetz im Jahre 1919²³ wesentliche Details wie die Verjährung,

¹⁹ Gesetzestext abgedruckt bei *Biolley*, S. 12 und *Maze*, S. 16.

²⁰ Gesetz vom 9. 9. 1835, abgedruckt bei *Maze*, S. 17.

²¹ In seiner ursprünglichen Fassung: D.S. 1882, V, S. 1 ff

²² Chavanne, *Jurisclasser*, Art. 283 bis 294, Fascicule 6, Nr. 39

²³ Gesetz vom 29. 9. 1919, abgedruckt bei *Biolley*, S. 14

die nähere Ausgestaltung des Abdrucks, seine Länge und das gerichtliche Verfahren regelte, ohne aber die Grundzüge des Anspruchs zu verändern.²⁴

Die Höhe der Strafandrohung wurde häufig geändert, zuletzt durch das Gesetz vom 4. Januar 1993 („*portant réforme de la procédure pénale*“).²⁵ Die Person des Verpflichteten wechselte.

Mit dem Gesetz vom 13. Juli 1990 („*tendant à réprimer tout acte raciste, antisémite ou xénophobe*“)²⁶ wurden besondere Regeln für Vereinigungen eingeführt, die der Rassendiskriminierung entgegenwirken.

Mit dem Gesetz vom 4. Januar 1993 wurden zudem spezielle Regelungen für Presseberichte über Strafverfolgungen eingeführt.

Wird im Folgenden auf das Gesetz von 1881 hingewiesen, so ist damit stets das Gesetz in der heute geltenden Fassung gemeint.

5. Deutsches Recht

Nach dem Vorbild des französischen Gesetzes von 1822 wurde in Deutschland erstmals 1831 im Pressegesetz Badens das Entgegnungsrecht normiert;²⁷ andere landesrechtliche Regelungen folgten,²⁸ bis 1874 eine reichseinheitliche Regelung, das Reichspressegesetz, geschaffen wurde.²⁹

Mit der Übernahme des „*droit de réponse*“ in das deutsche Recht wurde der Berichtigungsanspruch aber erheblich eingeschränkt: eine Gegendarstellung konnte nur gegenüber Tatsachenbehauptungen, nicht aber gegenüber Meinungsäußerungen verlangt werden.³⁰

Nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 ist der Berichtigungszwang des § 11 Reichspressegesetz durch Regelungen über den Gegendarstellungsanspruch durch die Länder abgelöst worden,³¹ die nach Art. 70 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 75 Nr. 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland für die Regelung des Gegendarstellungsanspruchs konkurrierend zuständig sind.³² Sämtliche Länder haben Landespressegesetze

²⁴ Abgedruckt in D. 1921, IV, S. 7ff

²⁵ J.O. 5. 1. 1993, S. 215

²⁶ J.O. 14. 7. 1990, S. 8333

²⁷ Löffler/Ricker, S. 126; Löffler/Sedelmeier, § 11, RNr. 23; Kreuzer, FS. Geiger, 1974, S. 61, 64; Hotz, S. 34; Bamberger, S. 163.

²⁸ Preußen, Gesetz vom 12. Mai 1851; Königreich Sachsen, Gesetz vom 24. 3. 1870.

²⁹ Abgedruckt bei Haentzschel.

³⁰ Löffler/Ricker, S. 126.

³¹ Seitz/Schmidt/Schöner, S. 1.

³² Wasserburg, S. 405; Haase-Becher, S. 30; Groß, S. 156.

verabschiedet, in denen sie Regelungen über den Gegendarstellungsanspruch getroffen haben.³³ Dabei haben sie sich weitgehend an die Bestimmungen des § 11 des Modellentwurfs für ein Landespressgesetz vom 10. Januar 1963³⁴ gehalten.³⁵

II. Rechtsnatur und Charakter des Gegendarstellungsanspruchs

Dem „*droit de réponse*“ werden fast unumstritten drei Prinzipien (*droit général et absolu, légitime défense und droit discrétionnaire*) zugeordnet, die den Charakter des Gegendarstellungsanspruchs im wesentlichen bestimmen und entscheidend für seine Auslegung sind.

Die Rechtsprechung der Cour de cassation verleiht diesen drei Prinzipien uneingeschränkte Geltung und begründet mit ihrer Hilfe das Ergebnis ihrer Fallösungen. Auch die Literatur ist dieser Rechtsprechung überwiegend gefolgt, nur eine Mindermeinung lehnt die Geltung der Prinzipien ab oder fordert doch zumindest die Anerkennung von Ausnahmen.³⁶

Auf die Frage, ob Ausnahmen im Einzelfall gerechtfertigt sind, soll später bei den jeweiligen Prüfungspunkten, unter denen die Ausnahmen diskutiert werden, eingegangen werden.

1. „*Droit général et absolu*“

Seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wiederholt und betont die höchstrichterliche Rechtsprechung, daß der „*droit de réponse*“ als ein „*droit général et absolu*“ aufzufassen sei.³⁷ „*Absolu*“ meint nicht wie in der deutschen Rechtsordnung, daß sich das Recht gegen jedermann richtet – verpflichtet wird nur der verantwortliche „*directeur de la publication*“ – sondern soll betonen, daß das Recht ohne jede Einschränkung gewährt

³³ Vgl. beispielsweise: § 11 Bad-WürttPrG, § 10 BayPrG; § 11 NdsPrG; § 10 SächsPrG; § 11 ThürPrG.

³⁴ Abgedruckt bei Haase-Becher, S. 28.

³⁵ Haase-Becher, S. 28. Ausnahmen bestehen für Bayern und Hessen, da sie ihre Gesetze vor 1963 erlassen haben.

³⁶ Clerisse, S. 51ff; Anm. Jossierand, D.S. 1924,I,97,99.

³⁷ Cass. crim. 27. 11. 1845, D.P. 1846,I,12; 8. 2. 1850, D. 1850,I,69; 17. 6. 1889, D.P. 1899,I,289; 3. 5. 1923, D. 1923,I,93; 28. 4. 1932, S. 1932,I,68; 15. 12. 1934, D.S. 1935,I,27; 1. 7. 1954, D. 1954,J,665; 21. 7. 1955, J.C.P. 1956,II,9245; 6. 11. 1956, J.C.P. 1956,IV,174; 22. 2. 1972, D.S. 1972,367; 20. 1. 1987, bull.crim. 1987, Nr. 28; 19. 12. 1989, bull. crim. 1989, Nr. 493; cass. civ. 2 e R, 27. 1. 1993, Semaine Juridique 1993,IV,Nr. 791.

wird. Für das Entgegnungsrecht folgt hieraus, daß ein Recht zur Antwort bereits dann jemandem zusteht, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen des Art. 13 des Gesetzes von 1881 erfüllt sind, nämlich die Benennung einer Person in einem periodischen Printmedium.³⁸ Versuche, das Recht von einem Angriff gegen den Betroffenen oder auch nur von einem besonderen Interesse an der Antwort abhängig zu machen,³⁹ hat die Cour de cassation und ihr folgend eine bedeutende Meinung in der Lehre jeweils mit dem Hinweis auf den generellen und uneingeschränkten Charakter des Rechts zurückgewiesen.⁴⁰

Auch Bestrebungen, den Anwendungsbereich des Gegendarstellungsanspruchs darauf zu beschränken, unrichtige Informationen zu berichtigen,⁴¹ widersprechen dem uneingeschränkten Charakter des Instituts und müssen daher abgelehnt werden.⁴² Das Entgegnungsrecht soll, damit es überhaupt Wirkung entfalten kann, schnell, einfach und durch Einwände der Presse möglichst wenig behindert durchsetzbar sein.⁴³

2. „*Légitime défense*“

Dem scheint auf den ersten Blick zu widersprechen, daß das Recht zugleich als „*légitime défense*“, das heißt als ein Verteidigungsrecht bezeichnet wird.⁴⁴ Der Ausdruck „*défense*“ erweckt den Eindruck, daß der Einzelne sich nur gegen Angriffe der Presse auf seine Person zur Wehr setzen kann. Das erstgenannte Prinzip, das des „*droit général et absolu*“ verbietet aber das Tatbestandsmerkmal des Angriffs.

Bedenkt man jedoch, daß eine Verteidigung nicht zwingend einen Angriff voraussetzt,⁴⁵ sondern auch präventiv erfolgen kann, daß die Be-

³⁸ Biolley, S. 24.

³⁹ Dumas, S. 590; Anm. Josserand, D.S. 1924,I,97,99; Barbier, Nr. 134, S. 121; Perraud-Charmantier, S. 22,385; C.a. Lyon, 13. 11. 1950, J.C.P. 1952,II,6711; c.a. Paris, 24. 11. 1922, D. 1922,II,129,132, die einen Angriff und/oder ein besonderes Interesse fordern.

⁴⁰ Rspr.:cass. crim., 2. 5. 1923, D. 1923,I,93; c.a. Paris, 21. 2. 1976, Gaz. Pal. 1976,II,730;

Lehre:Guillot, Encyclopédie Dalloz, Droit pénal,“presse“, Nr. 196; Derieux II, S. 375; Blin/Chavanne/Drago/Boinet, S. 3/60; Chavanne, J.C.P. 1980,II,19264; Kayser, rev.trim.dr.civ. 1971, 445,470; Auby/Ducos-Ader, S. 497; Maurice-Hersant, D.S. 1982, Chron., S. 167; Anm. Appleton, D.S. 1899, S. 289; Doré, S. 77; Toulemon, S. 79; Maze, S. 104.

⁴¹ Trib. gr. inst., 27. 5. 1988, réf., J.C.P. 1988,21079; c.a. Paris, 1 r Ch. B, 13. 7. 1988, Gaz. Pal. 1988,J,743.

⁴² Chavanne, Jurisclasseur, Art. 283 bis 294, Fascicule 6, Nr. 61.

⁴³ Anm. Josserand, D.S. 1924,I, S. 97,98.

⁴⁴ Cass. crim. 8.2. 1850, D. 1850,I,69; 13. 3. 1930, Gaz. Pal. 1930,I,793; 29. 6. 1965, Gaz. Pal. 1965,II,195.

⁴⁵ A.A.: Jaccottet, ZSR 1948, S. 228a, 234a.

tonung auf „*légitime*“ liegt, womit zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die Ausübung des Gegendarstellungsanspruchs rechtmäßig sein muß und daß das Prinzip richtigerweise nicht auf die Voraussetzungen des Anspruchs, sondern auf die Art und Weise seiner Ausübung zu beziehen ist, so liegt hierin kein Widerspruch zum generellen und uneingeschränkten Charakter des Gegendarstellungsanspruchs.

3. „*Droit discrétionnaire*“

Schließlich wird vom „*droit de réponse*“ noch als von einem „*droit discrétionnaire*“ gesprochen, das heißt als von einem Recht, dessen Ausübung dem freien Ermessen seines Rechtsträgers überlassen ist. Der Inhaber „*est seul juge de l'utilité, de la teneur et de la forme de sa réponse*“, er kann alleine darüber bestimmen, ob eine Antwort zweckmäßig ist und welchen Inhalt und welche Form er der Antwort verleihen will.⁴⁶

III. Das Verhältnis zu anderen Rechtsinstituten

Unter diesem Gesichtspunkt soll zum einen auf den dem Gegendarstellungsanspruch verwandten „*droit de rectification*“, den Berichtigungsanspruch, und auf ein spezielles Berichtigungsrecht bei Ermittlungsverfahren wegen Straftaten eingegangen werden, zum anderen soll darauf hingewiesen werden, inwieweit strafrechtlicher Schutz gegen unerwünschte Darstellungen der Person in der Presse besteht, welche weiteren zivilrechtlichen Rechtsbehelfe zum Schutz der Persönlichkeit gegen Verfälschungen des Persönlichkeitsbildes durch die Presse bestehen und wie sich diese Schutzmöglichkeiten vom Gegendarstellungsanspruch unterscheiden.

Die Geltendmachung des Gegendarstellungsanspruchs verleiht einen zusätzlichen Rechtsschutz und ist neben der Geltendmachung anderer Ansprüche möglich.⁴⁷

⁴⁶ Cass. crim. 3.5. 1923, D. 1923,I,93; 1.7. 1954, D. 1954,J,665; 22.2. 1972, D.S. 1972,J,367; 20.1. 1987, bull.crim. 1987, Nr.28; 19.12. 1989, bull. crim. 1989, Nr. 493; c.a. Paris, 1 re Ch.A, 13.3. 1991, D.S. 1991,IR,S. 120; *Doré*, S. 74; S. 100; *Blin/Chavanne/Drago/Boinet*, S. 3/61; *Barbier*, S. 118; *Toulemon*, S. 78.

⁴⁷ *Chavanne*, Jurisclasseur, Art. 283 bis 294, Fascicule 6, Nr. 41.

Register

- Abdruckverlangen 51, 53, **56f**, 65f
Ablehnung 57, 147, 152
absolut 9, 25, 35, **70f**
Aktualität 139, 145
Änderung **61**, 85, 91, **153**
Änderungsverbot 66
Andenken 22
Angemessenheit 137
Angriff 9, 12, 16, 25, 31, 35, 40, **77ff**,
93f, 113, 131
Anordnung 54, 62, 89, 151
Ansehen 3, 13, 22, 38, **40ff**, 69, **77ff**, 82,
116
Anspruchsinhaber 17, 22, 69, 73, 127
Anspruchsverpflichteter **33**, **80**
Antisemitismus 24, 73
Anzeige **31f**, 34, **124f**
Art 6, 36, **54**, **85**, 104
Audiovisuelle Kommunikation 74ff
Aufbewahrung 81, 92f
- Beamter 11
Bekanntmachung 15, 62
Beleg 23
Beleidigung **13ff**, 17, 22, 39, 43, 72, 79,
104, 128, 152
Benennung 3, **20ff**, 38, **73ff**, 95
Berichtigung 12, 80
Berichtigungsanspruch **11ff**, 71, 96
Berichtigungsrecht 12
Berufung 62, 92
Beschlagnahme 16, 19
Beschwerde 89
Betroffenheit 11, 20, 23, **24f**, 31, 47, 73,
144
Beugestrafe 62, 91
Beweis 14, 23, 93
Bezahlung 53
Bild 11, 15, 18, 21, 32, 74, 97, 131, 134
Bilddarstellung 120
Bildschirmtext **74f**, 81
Buch 26
- Charakter 8f, 25, 27, 70, 104, 132
Chefredakteur 33, 37, 83
- Dauer 138
Debatte 48, 79
Delikthaftung 16
Diffamation siehe Verleumdung
Directeur de la publication **33f**, 63, 80ff,
90, 93, **126**, 152
Dritter 30, 35, **37ff**, 44, 82, 105, 121,
128f, 134f
Droit de réplique 28, 72
Droit discrétionnaire 8, **10**, 34, 46, **71**, 94f
Droit général et absolu **8f**, 28, 45, **70f**,
94f
Durchsetzung 2f, 62, 65, 107, 116, 133f,
137, 150
- Ehre 3, 5, 13, 18, 22ff, 39, **40ff**, 46, 68f,
77ff, 82, 95, 103ff, 113ff,
123ff, 149
Ehrverletzung 5, 17, 23f, 42, **77ff**, 102,
113ff
Eigenart 54
Eigentümer 5f, 33, 37, 40, 11
Eigentum 46f, 75
Eigentumsrecht 110
Eilrichter 12, 64ff, 90
Eilverfahren 62, **64**, **89f**
Einstweilige Verfügung 64ff, 90f, **151f**
Entscheidungsfrist **61**, 150
Erbe 22, 73, **125f**
Erklärung 19, 29, 53, 71, 95, 148
Erscheinungsort 60
Erwiderungsrecht 71f

- falsch 11f, 15, 18f, 40, 44, 97, 110, 116,
130, 133ff, 149
Fehler 21, 54, 56, 80
Fernsehen 68ff
Fiktion 77
Form 10, **50f**, 71, **85f**, **140ff**
Foto 32, 48
Frist **51f**, **55**, 65, **83**, 87, 90, **138ff**, 144,
151

Gefängnisstrafe 14
Geldstrafe 14, 56, 58, 62
generell **9f**, 35, **70f**
Gerichtsentscheidung 27, 29, 48, 116,
120
Gerichtsverhandlung 29, 120
Gesamtdauer 83f, 137
Gespräch 72
Gleichheitsgrundsatz 69, 124
Glossierung 56
Grenze 53, 137f
Größe 54
Gruppe 21, 37

Häufigkeit 106
Haftung 39, 129
Hauptverfahren 64ff, 91
Herausgeber 6, 34
Hinzufügung 56, 88
Hörfunk 68ff
Hohe Behörde 69

Identifizierung 20
Identität 96ff, 111, 114, 129, 132, 134,
149, 155
Illustration 32
Indemnität 121
Inhalt 3, 10, 28, 32, **34ff**, 71, **81f**, 127ff,
146
Injure siehe Beleidigung
Interesse 3, 9, 18, 24, 31, 35, **38**, **45f**, 68,
105, 114, 129
Interview 108, 133
Intimbereich 16
Intimsphäre 95

Journal Officiel 27, 29, 120
Juge de référé 64ff, 91f, **151f**
Juristische Person 3, 23, 69, 80, 124

Kabeltexte 74
Kapital 110

Kassationshof 63
Klage 59, 63
Klageerhebung 61
Klagefrist **61**
Kommentar 122, 146
Kommentierung 28, 55, 146
Kommunikationsdienst 75
Kontinuität 26
Kosten 12, 55, 62, 87, 132, 154
Korrektionalgericht 59
Kritik **30f**, 108, **123f**
Kürzung 66
Kunst **30f**, 123

Ladung 61f, 150
Ladungsfrist 62
Länge 6f, **52f**, 84, 137
Légitime defense 8, **9f**, 35, 71, 94
Leserbrief 108, 133
Lokalzeitung 99
Lügner 41

Meinung 2, 4, 7, 80, 97ff, 123, 130, 148,
153ff
Meinungsäußerung siehe Meinung
Meinungsbildung 95, 101
Meinungsfreiheit 1, 19, **108ff**, 145f, 155
Meinungsvielfalt 72, 114, 123
Mischäußerung 98
Mißbrauch 24, 52, 43, **45ff**, 49, 107, **131ff**
Mitwirkungspflicht 58, 147f
Monopol 68, 99
Monopolstellung 99
Mord 39

Natürliche Person 3, 22, 34, 68f, 126
Naturalrestitution 58

öffentlich-rechtlich 68ff, 74
Opportunitätsentscheidung 59

Periodizität 75
Persönlichkeit 1, 10, 24, 38, 65, 96, 124,
134
Persönlichkeitsbild 15, 18, 42, 73, 95ff,
114ff, 125ff, 136
Persönlichkeitsrecht 5, 17, 27, 42ff, 65,
72, 95f, 102, 111ff, 146, 149
Persönlichkeitsverletzung 98
Pflichtenhefte 69, 71
Pflichtverletzung 18
Polizeigericht 59f, 62

- Pressedelikt 6, 27, 34, 60
 Pressefreiheit 5, 47, 99, 102, **108ff**, 145f, 155
 privat 12, 27, 74
 Privatbereich 11
 Privatisierung 68
 Privatleben 14, 16, 18
 privatrechtlich 68, 74
 Privatstrafe 62
 Programm 76, 119, 142
 Programminhalt 145

 Radiosender 68
 Rassendiskriminierung 69
 Rassismus 24, 73
 Rechtsfähigkeit 23
 Rechtsgut **94ff**, 129
 Rechtsschutz 10
 Redakteur **34**
 Redaktionsschwanz 55, 87, **145ff**, 155
 Reklame 50
 Religion 24
 Revision 62, 92
 Rubrik 54
 Ruf 68, **77f**, 82, **113ff**, 131
 Rundfunk 67ff

 Sachbereich 55
 Sammlung 27, 120
 Sanktion 58, 88, 126, 149, 153, 155
 Schaden 14, 17ff, 58ff, 64, 72, 78, 116, 129
 Schadensersatz 6, 16ff, 59, 61ff, 72, 89, 153
 Schärfe 42, 104
 Schmähkritik 99
 Schrift 55, 140
 Schriftart 54, 141
 Schriftbild 56
 Schriftform 51, 84
 Schriftzeichen 54, 74, 141
 Schutzzweck 11, 94ff, 113ff, 129, 135
 Seite 55, 140
 Selbstdarstellung 44, 50, **135**
 Sendebereich 88
 Sendereihe 85, 145
 Sendezeit 85, 88, 120, 133, 141
 Sitte 35, **36ff**, 46, **127f**
 Sitzung 28, 33, 120
 Speicherung 81
 Spielfilm 76
 Sportergebnis 47

 Sprecher 86, 88, 118
 Staatsanwaltschaft 15, 59ff
 Standbild 86f, 144
 Stelle 6, **54f**, **140f**
 Strafandrohung 6f, 59
 Strafgericht 19, 58f
 Strafgesetz 67, 127
 Straftat 10, 15
 Straftatbestand 15, 59, 71, 127
 Strafverfolgung 7, 51f, 59f, 83, 152
 Struktur 54

 Tatsache 1, 3f, 7, 14ff, 33, 70, 80, **94ff**, 123, 130, 134, 137, 148, 153
 Tatsachenbehauptung siehe Tatsache
 Technologie 68
 Titelseite 141
 Tod 22f, 73, 125
 Ton 41, 74
 Tonprogramm **75f**
 Tonschärfe 41

 Überhäufung **105ff**, 117
 Übertretung 11, 56ff, 93
 Umfang 12, **53f**, **83ff**, 104, 125, **136ff**
 uneingeschränkt 9f, 31, 47, 49, 132
 Unschuldsumutung 12, 52, 72
 Unteilbarkeit **54**, 61, 91
 Unversehrtheit **54**, 61
 unwahr 18, 34, 40, 44, 50, **134**
 Unwahrheit 100
 Unzumutbarkeit **102ff**
 Urteil 30, 48, 52, 63, 83, 115

 Veränderung 54, 91
 Veranstalter 81, 84
 Verbrechen 60
 Verbreitung 26, 74
 Vereinigung 7, 22ff, 69, 73
 Verfälschung 10, 15, 95, **97ff**
 Verfügungsgrund 65
 Vergehen 59f, 62
 Verhältnismäßigkeit **104ff**
 Verjährung 6, 52, 61
 Verjährungsfrist 52, 57, 61
 Verleger **34**, 51f, 58, 110f
 Verlesen **86**, 88, 143
 Verletzung **41f**, **78f**, 95, 149
 Verleumdung 13ff, 17, 22, 39ff, 72, **77ff**, 104, 128, 152
 Verpflichteter 7, 126
 Verteidigung 9, 22, 39f, 95, 104, 128

- Verteidigungsmittel 71, 132
Verteidigungsmöglichkeit 79, **132f**
Verurteilung 12, 15, 19, 59, 115, 153
Verwechslung 21
Verweigerung 56f, 68f, 63, 88, 149
Verzicht 53, 115
Videoprogramm **75f**
Videotexte 74
Vollstreckung 62
- Waffengleichheit 1f, 88, 101, 115, 134,
140, 143, 146
Wahl 47
Wahlkampfperiode 55, 62, 87, 89
Wahlzeit 62
Wahrheit 28, 47, 100, 102, 108, 135
Wahrheitsbeweis 14, 17, 79, 135
Wahrheitsfindung 22, 125
Weigerung 57, 60, 65, 88, 90, 126, 149,
152, 155
- Wertung 3, 98, 101
Werturteil 98
Wettbewerb 121, 124
Wideruf 19, 109, 115
Widerrufsanspruch 19
Wirkung 61, 101, 103, **119ff**, 137, 139,
151
Wissenschaft 30f
- Zahlung 19, 89
Zeichnung 32
Zeile 32, 53, 83, 137
Zensur 5
Zivilgericht 19, 58, 63, 89, 150
Zivilklage 59
Zivilprozeßordnung 65, 92, 151
Zivilrechtsweg 58
Zusammenhang 35, **42ff**, 82, **129f**
Zuständigkeit 59, 60, 62f, 65, 69, **89**